P-02

Präambel-Neu

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt:	P Präambel
Status:	Zurückgezogen

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Freundinnen und Freunde der grünen Bewegung,

am 24. September ist Bundestagswahl. Vor allem Weiteren eine Bitte: Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Und wenn Sie unsere Ziele teilen: treten Sie mit uns für die Werte ein, die unser Land und Europa stark gemacht haben, die uns weit über Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und Mitmenschlichkeit.
Und helfen Sie uns da nachzubessern, wo noch manches im Argen liegt: etwa bei der Kinderarmut, der Bildung, den Renten, der sozialen Gerechtigkeit, der Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen, den Stopp der Rüstungsexporten, der Beendigung der Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr im Rahmen des Krieges gegen den Terror, der Umsetzung der Klimaziele …

Unsere demokratischen, humanistischen europäischen Werte schienen uns bis eben noch selbstverständlich. Nun werden sie bei uns, in etlichen Ländern Europas und vielen Teilen der Welt massiv in Frage gestellt. Nationale Eigensucht kehrt zurück. Gleichzeitig spitzt sich die ökologische Krise zu und Europa ist in monetärer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht tief gespalten. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krisen, Hungersnöten und regionalen und globalen Stellvertreterkriegen, die nur zu oft auch durch ökonomische Interessen unserer westlichen Industrieländer befördert wurden.

Die Entscheidung über die Zukunft liegt bei uns. Wir können so wirtschaften, dass Luft und Wasser sauber bleiben bzw. wieder sauber werden, so dass wir die Grundlagen unseres Lebens auch für die kommenden Generationen erhalten. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Wir müssen es „nur“ tun!

Die Große Koalition blockiert beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab und verpasst die Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Auf neue Bedrohung reagiert sie mit immer schärferen Gesetzen statt mit Problemlösungen. Deshalb gehört sie abgewählt!

Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten. Hunderttausende sind aufgestanden gegen eine neoliberale Handelspolitik, die Profite für Großkonzerne über das Wohl der Menschen und der Umwelt stellt. Eltern rackern sich ab, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Diese Menschen sind unser Antrieb.

Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die letzte, die etwas dagegen tun kann. Deshalb müssen wir jetzt konsequent die als richtig erkannten Gegenmaßnahmen umsetzen. Wir machen die Energiewende wieder flott, steigen aus der Kohle aus, fördern die abgasfreie Mobilität. Wir machen Schluss mit industrieller Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen. Mit uns gibt es gutes Essen ohne Gift und Gentechnik.

Deutschland ist ein reiches Land. Trotzdem ist das Einkommen vieler Menschen sehr niedrig, andere haben aber unanständig hohes Einkommen und/oder viel Vermögen. Sehr viele Menschen haben keine Arbeit und sind arm. Manche Menschen haben eine Arbeit und sind trotzdem arm. Besonders schwer haben es Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus anderen Ländern. Seit vielen Jahren werden immer mehr Menschen ungerecht behandelt. Wir möchten das Vermögen so umverteilen, dass alle Menschen in Deutschland besser leben können.

Die Menschen bekommen weniger Unterstützung vom Staat. Viele soziale Leistungen sind gekürzt worden. Das Geld zum Leben wird weniger. Das gleiche gilt für die Rente: So werden in vielen Städten die Mieten für Wohnungen immer teurer. Gleichzeitig zahlen etliche große reiche Firmen wenig oder gar keine Steuern. Diese Regierung unterstützt reiche Unternehmen, die wiederum mit ihren Lobbyisten bereits politische Entscheidungen bestimmen.

Niemand sollte Angst vor Armut haben. Deshalb brauchen wir eine gerechte Politik,

• in der die Menschen besser sozial abgesichert sind

• bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht verarmen

• Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Menschen ohne Arbeit, Rentner und Rentnerinnen, Kinder und ihre Familien, Menschen mit Behinderung, Menschen, die bei uns Schutz suchen, Menschen mit kleinen eigenen Betrieben mehr Rechte bekommen

• die der Staat mehr Geld für mehr Personal (z.B. für Kitas, Schulen, Hochschulen, für die Pflege und das Gesundheitswesen, für Kultur- und Sportangebote und für die Jugendarbeit) lässt

• die genug bezahlbare Wohnungen schafft

• die dafür sorgt, dass starke Schultern mehr tragen, um z.B. den Bau von neuen Schulen und Straßen bezahlen.

• die jeglichen Steuerbetrug massiv und mit harten Strafen bekämpft und dafür

das dringend benötigte Personal aufstockt, weil es sich mehr als selbst finanziert

• die europäische und weltweite Steueroasen bekämpft, so dass multinationale Unternehmen ihre Steuern für ihren Umsatz im jeweiligen Land zahlen und die Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen können.

Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei leben können, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, und lieben kann, wen er will. Eine Gesellschaft, in der Frauen für ihre Arbeit genauso gut bezahlt werden wie Männer, in der wir uns vor Terrorismus, rechtsextremer Gewalt und Kriminalität schützen, ohne dabei unsere Freiheit aufzugeben. Wir streiten dafür, dass Deutschland weiterhin Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt sind, Schutz und Heimat bietet. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt auch allen etwas ab. Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der Intoleranz! Wir setzen uns für Weltoffenheit und Willkommenskultur ein.

All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit. Weil Europa unsere Heimat und unsere Zukunft ist, werden wir es mit aller Kraft gegen Hassprediger und Nationalismus verteidigen und uns stark machen für ein Europa, das nach innen und außen solidarisch zusammenarbeitet und gemeinsam handelt. Nur dann können wir helfen, die Konflikte in unserer Nachbarschaft zu lösen, den Terrorismus bekämpfen und die Fluchtursachen vermindern. Wir wollen uns den Problemen der Welt zuwenden und Verantwortung
für deseskalierende und friedliche Konfliktbeilegung übernehmen, statt Grenzzäune zu bauen und die Rüstungsspirale zu beschleunigen.

In elf Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister, Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen: für eine tier- und umweltfreundliche Agrarpolitik, für Klimaschutz, ob bei der Energieversorgung oder beim Verkehr, engagiert für mutige und innovative Unternehmen, für gute Schulen und eine gut ausgestattete Polizei. Für eine durchgreifende Wende müssen die Stellschrauben grundlegend anders in der Bundesregierung gestellt werden. Unser Land ökologischer,weltoffener, gerechter machen – das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung. Dafür treten wir an!

Es gibt keine Abkürzungen zu einem besseren Morgen. Viele Wege führen über Kompromisse, oft
hilft aber nur Widerstand und Konsequenz. Die Ziele sind für uns jedoch klar. Wir beschreiben sie Ihnen mit diesem Programm. Für andere Ziele gibt es andere Parteien.

Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, weltoffene und gerechte Zukunft für uns, unsere Kinder, unsere europäischen Nachbarn und für Menschen anderswo in der Welt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! Stimmen Sie am 24. September 2017 für
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Begründung

Die Präambel ist der wichtigste Teil, dieser wird vornehmlich gelesen werden. Daher macht es Sinn sich hier kurz und kompakt an die Wähler*innen zu wenden und zu den Zielen zu äußern. Die Zielsetzung in sozialen Fragen wurde zudem geschärft ...

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Werner Weindorf (München KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Robin Luge (Harz KV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV); David Allison (Reutlingen KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV)